

Prof. Dr. Arno Klönne, Soziologe, Paderborn

Rede in Paderborn am Samstag, 20. Februar 2010 auf der Kundgebung „Kein Soldat mehr. Dem Frieden eine Chance - Truppen raus aus Afghanistan!“ - auf Einladung der Paderborner Initiative gegen den Krieg und Pax Christi, Bistumsstelle Paderborn.

Afghanistan – seit dreißig Jahren vollzieht sich dort die nachhaltige Zerstörung eines bitterarmen Landes, durch militärische Zugriffe externer Mächte, durch Waffengewalt hochgerüsteter Staaten. Sowjetische Truppen rückten dort ein und blieben zehn blutige Jahre, übrigens zur Freude US-amerikanischer geopolitischer Strategen. Die hatten erkannt: Am Hindukusch konnte der weltpolitische Rivale in eine Falle gelockt werden, er würde sein kriegerisches Engagement dort nicht heil überstehen. Die Regierung der USA hat damals ihre Stellvertreterkrieger für Afghanistan herangebildet und unterstützt, moslemische Widerständler wurden sie in jenen Jahren genannt – inzwischen heißen sie Fundamentalisten und Terroristen – Zauberlehrlinge, die sich selbständig gemacht haben.

2001 kam dann der Militärschlag der USA und ihrer Verbündeten gegen Afghanistan, den 11. September zum Anlass nehmend. Nur eine Reaktion auf den Anschlag in New York? Das war nicht glaubwürdig, angesichts der langen Vorgeschichte auswärtiger Interessenpolitik am Hindukusch. Also wurde eine ehrenwert klingende Begründung eingeschoben: Einem „gescheiterten“ Staat sollte dort auf die Beine Geholfen, Rückständigkeit beiseite geräumt, eine moderne „Zivilgesellschaft“ aufgebaut werden. „Entwicklungshilfe unter militärischem Schutz“? Die Realität sieht völlig anders aus. Seit 2001 ist ein zerstörtes Land weiter zerstört, ein armes Land noch ärmer gemacht worden. Immer mehr Soldaten und Waffen werden dorthin geschafft und eingesetzt, immer mehr „Menschenopfer“ waren die Folge, aufseiten der ausländischen Truppen und weitaus mehr noch auf der Seite der Einheimischen. Verbrannte Erde – Gewalt, Korruption, Elend, sich steigernder Hass auf die westlichen Interventionsmächte; wenn man „Terrorismus“ züchten wollte, dann hätte man in der Afghanistan-Politik eine Mustervorlage dafür. Politiker, die sich halbwegs in den Verhältnissen dort auskennen, wissen das. Aber sie nehmen es in Kauf, mit frommen Sprüchen darüber hinwegredend. Warum, zu welchem Zweck? In Kauf genommen wird auch, dass gut gemeinte Hilfsprojekte von Nichtregierungsorganisationen durch die Politik militärischer Gewalt behindert und in Misskredit gebracht werden. Die öffentlichen Ausgaben dafür machen ohnehin nur einen Bruchteil der riesigen Militärkosten aus.

In den meisten westlichen Ländern ist der Militäreinsatz in Afghanistan bei der Bevölkerung zunehmend in Kritik gekommen. Deshalb ist jetzt von einem „Einstieg in den Ausstieg“ die Rede, das militärische Engagement am Hindukusch solle nun zeitlich begrenzt werden. Aber seltsam: In demselben Augenblick wird der Militäreinsatz verstärkt, noch mehr Soldaten und Waffen werden dorthin geschafft und eingesetzt, für die „präventive Tötung“ von Aufständischen wird ideologisch geworben – „Frieden schaffen mit noch mehr Waffen“, mit deren zerstörerischem Einsatz? Glauben Politiker,

dass diese eine Lösung für die Not der Menschen in Afghanistan sein kann? Und wenn sie das nicht glauben oder daran zweifeln, weshalb agieren sie so? „Einstieg in den Ausstieg“ - sagt auch die CDU-Kanzlerin der Bundesrepublik. Ein Datum dafür, wann das Militär reduziert werden soll, dürfe und könne man allerdings nicht nennen, sagt Angela Merkel. Und ihr vormaliger Außenminister Frank-Walter Steinmeier assistiert im Namen der größten Oppositionspartei: Truppenabzug aus Afghanistan sei das Ziel – aber nicht „kopfloser Abzug“. Im Effekt heißt das: In Afghanistan werden weiterhin und noch mehr Menschen um Kopf und Leben kommen, die „kriegsähnliche“ Politik wird verschärft.

Nochmals: Warum, was treibt diese Politik an? Hinter dem Nebel wohlklingender Rechtfertigungen sind robuste Machtinteressen zu erkennen, von denen die militärischen Interventionen in Afghanistan bestimmt werden. Das Land ist arm, aber es ist seit langer Zeit ein Objekt der Begierde fremder Mächte – als geopolitischer Brückenkopf, als strategische Kontrollstation für die Vorherrschaft im vorder- und zentralasiatischen Raum, im militärischen und wirtschaftlichen Sinne; Kontrolle über die Wege von Energiegütern, über Linien für Waffen- und Truppenverkehr. Die blutige Konkurrenz um das afghanische Terrain hat eine lange Geschichte, schon vor dem ersten Weltkrieg beginnend, sich fortsetzend bis in die Gegenwart, das Land mal um mal verwüstend.

Hinzu kommt: Die in den USA herrschende Politik will am Hindukusch demonstrieren, dass sie jederzeit in der Lage ist, Störpotenziale durch Militärmacht auszuschalten. Ein Exempel soll statuiert werden, ohne Rücksicht auf Verluste. Und andere westliche oder auch nicht-westliche Staaten machen als Juniorpartner mit, sie wollen ihre militärpolitische „Bündnisfähigkeit“ nachweisen.

Und schließlich: Es sind üppige Gewinne, die einflussreiche Rüstungs- und „Sicherheits-Unternehmen“ aus einem so lang anhaltenden Krieg ziehen – je länger, desto üppiger. Die Militärindustrie braucht immer mal wieder den Einsatz ihrer Produkte, sonst läuft der Laden nicht. Und sie braucht Feinde, sonst wird der Steuerzahler unwillig, wenn es um den Aufwand für die „Sicherheit“ geht.

Die Afghanistan-Politik ist geprägt durch das alt gewohnte und zugleich hochaktuelle Grundmuster einer rücksichtslosen globalen Durchsetzung von Interessen, die auf militärische Macht und deren Einsatz sich gründet.

Wer eine andere, eine menschenwürdige Politik für Afghanistan will, muss den Nebel durchbrechen, den diese Machtinteressen um sich legen. Eine Wende hin zur Friedenspolitik gibt es nur im entschiedenen Konflikt mit dem derzeit herrschenden Grundmuster der Weltpolitik. Wer vom Militarismus, dem ganz aktuellen, nicht reden will, sollte von der „Zivilgesellschaft“ schweigen.